

Antrag öffentlich	Datum 11.05.2010	Nummer A0068/10
Absender FDP-Ratsfraktion		
Adressat Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst		
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	27.05.2010	

Kurztitel Maßnahmekatalog für Unternehmen bei Einrichtung von Umweltzonen
--

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Katalog vorzulegen, der beinhaltet, wie die Belastungen für die Unternehmen und die Landeshauptstadt Magdeburg möglichst gering gehalten werden können, wenn in der LH MD tatsächlich Umweltzonen eingerichtet werden müssen.

Der Antrag soll im RWB und im UwE beraten werden

Begründung:

In den vergangenen Wochen war den Medien zu entnehmen, dass die Oberbürgermeisterin von Halle ein Aktionsbündnis ins Leben gerufen hat und mit Vertretern der Wirtschaft und der Wissenschaft ein Maßnahmenpaket erarbeitet hat, um zu verhindern, dass in Halle Umweltzonen eingerichtet werden. Der zuständige Landesumweltminister sicherte zu, „die jetzt von einem Aktionsbündnis ins Spiel gebrachten Überlegungen und Vorschläge zur Senkung der Luftbelastung prüfen zu lassen“. (Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Pressemitteilung Nr. 078/10)

Unbestritten ist: Wir brauchen saubere Luft zum Atmen. Ob die Umweltzonen allerdings dazu beitragen oder das Problem von Feinstaub und anderen gesundheitsschädigenden Luftverunreinigungen nur verlagern, ist nicht unumstritten.

Wenn wir als Kommune nun von der EU gesetzlich dazu verpflichtet werden, rigorosier zu handeln als die Automobilindustrie, müssen daraus resultierende Wettbewerbsnachteile für unsere Industrie, Handwerk und Gewerbe aufgewogen werden.

Abgesehen von den noch nicht absehbaren Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise stehen in der Landeshauptstadt wichtige Baumaßnahmen im Bereich Damaschkeplatz und Ostelbien an, die für viele Unternehmen einen größeren Zeitaufwand mit sich bringen werden, um ihre Waren oder Dienstleistungen von A nach B zu bringen.

Der Fuhrpark von Unternehmen aber wahrscheinlich auch der Kommune wird langfristig erneuert. In Magdeburg haben lediglich 20% der hier gemeldeten LKW eine grüne Plakette. Es

bedarf daher eines klugen und besonnenen Vorgehens, um die zu erwartende Diskussion nicht in eine Schieflage geraten zu lassen: Gesundheit und Umweltschutz gegen wirtschaftliche Interessen – hier kann es kein Gegeneinander, sondern nur ein Miteinander geben.

Hans-Jörg Schuster
Fraktionsvorsitzender